Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte; wochentags: „Der Hausfreund„ — Bezugspreis: frei Haus vierteljährl. 2.00 M., monatl. 0,70 M. Bei Abhol. von der Geschäftsst. viertelj. 1.60 M. monatl. 0,55 M. Durch die Post vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 0,80 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 25 bezw. 70 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 272 | Dienstag, den 19. November 1918. | 36. Jahrgang

Heimweh?

Professor Dr. Hugo Preuß in Berlin, der bekannte fortschrittliche Sozialreformer, ist zum Staatssekretär des Innern ernannt worden. Wenige Tage vor seiner Ernennung ließ er einen Artikel erscheinen, der gegen die neue Regierung gerichtet war, weil sie nur eine einzige Klasse in ihrer Mitte dulde. Er nannte darum unsere gegenwärtige Staatseinrichtung den „Obrigkeitsstaat von unten!" Hierzu schreibt uns ein liberaler Politiker:

Ist es wirklich schon so weit, nach acht Tagen siegreicher Revolution? So weit, wie ein unermüdlicher Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie es offen bekannte, daß aus immer zahlreicheren Stimmen bereits so etwas wie Heimweh nach den Fleischtöpfen der alten Regierung, des eben erst überwundenen Obrigkeitsstaates herausklinge?

Wer hätte freilich auch daran gedacht, daß wir fünf Wochen nach dem Amtsantritt des Prinzen Max von Baden eine Regierung haben würden, in der keine einzige bürgerliche Partei vertreten ist? Eine Regierung ohne Bundesrat und Reichstag neben sich, ein Sechsmännerkollegium, das für sich mit dem Rechte der Revolution alle Gewalten in Anspruch nimmt und dem Volke, von dem noch in den Kundgebungen ihrer unmittelbaren Vorläuferin so viel die Rede war, nur ein paar mehr oder weniger verbindliche Redewendungen zugesteht, mit denen sich ebenso wohl alles wie auch gar nichts anfangen läßt? Wohin man hört im deutschen Bürgertum: nur eine Stimme über die Selbstherrlichkeit der neuen Männer. Auf der einen Seite müssen sie selbst eingestehen, daß sie ohne Mitwirkung der pflichttreuen Beamtenschaft in Stadt und Land, ohne die tatkräftigste, opferbereiteste Unterstützung aller Parteien und Richtungen des deutschen Volkes verloren wären. Auf der anderen Seite wollen sie allen Nicht-Sozialisten die politischen Rechte entziehen, wollen sie von der Macht im Staate ausschließen und ihnen Neuerungen rein sozialistischen Charakters auferlegen. Wie hat man noch ganz vor kurzem den Zusammenschluß der Mehrheitsparteien des Reichstags als den Anbruch einer neuen Zeit in Deutschland gefeiert, die politische Willensbildung des Volkes damit für immer gesichert angesehen — und heute ist das alles überholt, veraltet. Heute herrscht eine Partei in Deutschland, herrscht unumschränkt und ganz ausschließlich; und das Volk? Es soll gehorchen. An die Stelle der zahllosen Verordnungen des Bundesrats bringt jetzt jeder Tag eine nicht minder reiche Fülle von Aufrufen, Befehlen, Bitten und Bekanntmachungen, bei denen kein sachverständiger Beirat mehr, höchstens ein politischer Lehrer gehört wird. Und so gut auch die Absichten sind, die vielfach dabei obwalten — an guten Absichten hat es auch früher nicht gefehlt. Was jetzt hinzugekommen ist, schmeckt mehr nach Klassenherrschaft als nach wirklichem Volkswillen, und die Zeiten sind doch eigentlich, sollte man meinen, nicht danach angetan, um Experimente aller Art zu veranstalten. Bei allen Ämterverteilungen und Stellenbesetzungen liest man immer wieder nur sozialistische und unabhängige Namen, als hörten jenseits dieser beiden Parteien Sachkunde und Vaterlandsliebe völlig auf. Kann dieses Verfahren damit gerechtfertigt werden, daß das Bürgertum auch an seinem Teile den Zusammenbruch der alten Gesellschaft mit verschuldet habe und daß es aus eigener Kraft niemals den gründlichen Wechsel der Dinge hätte herbeiführen können? Das wäre doch eine sehr kurzsichtige Beweisführung; denn nur darauf kann es ankommen, ob die neue Regierung ihrerseits aus eigener Kraft den Staat wiederaufzurichten und in Gang zu halten vermag. Und davon kann doch wohl im Ernst gar keine Rede sein.

So hörte man reden im Bürgertum und Beamtentum. Nicht, als ob dabei auch nur eine Spur von Brotneid etwa mitspräche, beileibe nicht. Wohl niemand sehnt sich heute nach Mitverantwortung, wo die Staatsgeschäfte so furchtbar verfahren sind. Aber jedermann fragt sich doch, ob die neuen Herren die Fähigkeit besitzen, alles selbst zu machen, unter völligem Ausschluß derjenigen Kreise des Volkes, die bisher in Regierung und Verwaltung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. An eine Bejahung dieser Frage kann einstweilen um so weniger gedacht werden, als der „Rat der Volksbeauftragten" sich einmal schon jetzt mit Aufgaben belastet, die er auf ruhigere Zeiten verschieben könnte, und als er anderseits offensichtlich mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die seine Handlungsfreiheit in sehr erheblichem Maße behindern. Das alles aber bedingt Gefahren, die unser Volk nur zu deutlich vorausempfindet. Sie weisen zum bolschewistischen Terror, zu rechtloser Gewalt, zur völligen Zerrüttung unseres wirtschaftlichen Lebens. Den demokratischen Volksstaat hatten wir vor Augen, als die überlebten Fesseln des Obrigkeitsstaates abgestreift wurden. Sollen wir statt dessen mit der Zwangsherrschaft nach russischem Muster beglückt werden, so mögen bolschewistische Schwarmgeister daran ihre Freude haben. Das deutsche Volk dagegen wird sich für solche Wohltat bedanken.

Die Ausschaltung des Bürgertums muß abwärts führen. Deshalb darf sie unter keinen Umständen zum Grundsatz erhoben werden. Sobald es irgend möglich ist, muß vielmehr zur Ausschreibung von Wahlen für die allgemeine Nationalversammlung geschritten werden, damit auch dem deutschen Volke sein Selbstbestimmungsrecht zuteil werde, das den Polen und Ukrainern, den Letten und Litauern erstritten wurde. Erst wenn das geschehen ist, werden wir mit Recht sagen können, daß Deutschland sich endlich selbst regiert. Erst dann wird die innere Notwendigkeit der November-Revolution überzeugend bewiesen sein.

An das Volk!

Aufruf redender und bildender Künstler.

Ein von Gerhart Hauptmann verfaßter, von sechszig bekannten redenden und bildenden Künstlern Deutschlands unterschriebener Aufruf geht uns zur Veröffentlichung zu:

Es ist an der Menschheit in einem ungeheuren Maße gesündigt worden. Die zivilisierte Welt wurde zum Kriegslager und zum Schlachtfelde. Millionen der besten Söhne aller Völker ruhen in Gräbern. Die Gefallenen, brüderlich vereint, sind friedlich und stille. Auch bei uns hat der Waffenkampf aufgehört, nicht aber der Kampf um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Dieses Volkes, das einer künftigen gerechten Zeit in einer Glorie erscheinen wird. Wir Gestalter mit Meißel, Palette und Feder, wir Baumeister und Musiker, Männer und Frauen, die wir vor allem Menschen und von ganzer Seele Deutsche sind, zweifeln nicht daran: unser Volk, unser Land wird bleiben und wird nicht untergehen. Aber wir sehen Volk und Land gerade jetzt auf die schwerste Probe gestellt. Es kommt darauf an, sie zu bestehen. Wir haben es schaudernd erlebt, daß der Haß nicht fruchtbar ist. Die Liebe aber ist fruchtbar und schaffend, und sie strömt nur aus einem wachen Herzen. Laßt uns also nicht nur unser Brot mit den Brüdern teilen, die aus dem Felde heimkehren, wir wollen ihnen auch unsere wachen Herzen entgegentragen. Es ist endlich Zeit, daß eine große Welle der Liebe die verheerende Woge des Hasses ablöse. Mit einer klaren und furchtbaren Logik wurde, man möchte sagen, menschliches Planen durch göttliches ersetzt. Aber obgleich es so ist und obgleich vor der Gewalt diese so bewirkte Umwandlung jedes Volkes zu verbrechlich erscheint, erkennt doch der Sehende schon in dem, was sich gleichsam von selbst, an neuer Form durchgerungen hat, das alte kraftvoll-besonnene Wesen des Deutschen unversehrt. Und wer lebt, wird in nicht allzu langer Zeit — dessen sind wir gewiß — den deutschen Boden reicher als je in Blüte sehen. Seit einem Jahrtausend hat die deutsche Nation nichts erlebt, was an Bedeutung dem Ereignis der letzten Tage gleichzusetzen wäre. Wer es versteht, der fühlt seine unvergleichliche Macht. Seine Bedeutung ist unendlich viel tiefer, und es kommt auch aus ganz anderen Quellen her, als vielleicht jene meinen, deren weltgeschichtliche Pflicht es ward, es äußerlich zu vertreten. Wer wollte sich dieser eisernen Bestimmung entgegensetzen? Heut hat das Volk sein Geschick in die Hand genommen. Keiner wird jetzt zurückstehen, dessen Kräfte im Nationaldienst verwendbar sind. Auch die neue Regierung möge mit uns rechnen, wo sie unser Wirken für ersprießlich hält. Keiner von uns wird zögern, im Wohlfahrtsdienste des Friedens das Seine von Herzen und nach Kräften zu tun.

*

Aufruf für eine bürgerlich-demokratische Partei.

Berlin, 16. November.

Das erwachende Bewußtsein des Bürgertums, es dürfe nicht tatenlos der gewaltigen Erneuerung unserer ganzen innerpolitischen Struktur zusehen, tritt in mancherlei Kundgebungen vor die Öffentlichkeit. Führende Mitglieder der Hauptvorstände und Fraktionen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei haben sich auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geeinigt. Sie setzten einen Ausschuß ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellen und die Grundlage zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen soll. Außerdem erscheint ein mit zahlreichen Unterschriften versehener Aufruf, der zur Gründung der großen demokratischen Partei für das einige Reich auffordert. Bei den Unterschriften finden sich auch diejenigen des bisherigen Vizepräsidenten des Reichstags Dove, des preußischen Handelsministers Fischbeck, der bisherigen Reichstagsabgeordneten Gothein, Junck, Liepmann, List, v. Liszt und v. Richthofen.

Keine Beschlagnahme von Guthaben. — Starke Heranziehung der großen Vermögen und Einkommen.

Der unsinnigen Aufspeicherung von Banknoten und Zahlungsmitteln, die gegenwärtig floriert und die bekannten Mißstände im Geldumsatz hervorgerufen hat, wurde schon mehrmals entgegengetreten. Da aber die Übelstände noch immer andauern, wendet sich die Reichsregierung nochmals entschieden gegen die verbreiteten Gerüchte, indem sie gleichzeitig darauf hinweist, welche Pläne zur Deckung der kommenden großen Ausgaben erwogen werden. Die Regierungserklärung sagt:

Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung: 1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld- oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen. 2. Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen auf das schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen. 3. Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Ferner trifft die Regierung die mit Gesetzeskraft wirkende Bestimmung, daß die bisherigen Vorschriften über die Sicherung der Kriegssteuer vom 9. April 1917 auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt werden, daß die Gesellschaften in die Kriegssteuerrücklage 80% des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen haben.

*

Der Reichstag tritt nicht mehr zusammen.

Reichstagspräsident Fehrenbach hat an das regierende Kabinett eine Depesche gesandt des Inhalts: „Gedenkt die Reichsleitung, gegen vielfach angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?" Das Kabinett erwiderte:

„Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaisertums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten. Ebert. Haase."

Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

Wahlgesetz zur Nationalversammlung.

Für das Reich und Preußen.

Berlin, 16. November.

Wie der Vorwärts meldet, wird der Entwurf des Wahlgesetzes für die verfassunggebende Nationalversammlung noch im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt. Mit dem preußischen Minister des Innern ist eine Verabredung dahin getroffen, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung Geltung haben soll.

Die konstituierende Nationalversammlung wird nach den Absichten der Regierung, wie verlautet, so schnell wie möglich einberufen werden. Dem Vernehmen nach sitzt in der Reichsleitung kein Mann, der das Verlangen hat, an die Stelle der Nationalversammlung irgendetwas anderes zu setzen. Wie man hört, hat insbesondere der Volksbeauftragte Dr. Landsberg erklärt, daß er mit der Nationalversammlung stehe und falle, und daß er der Ansicht sei, daß seine sämtlichen Kollegen auf diesem Standpunkt ständen. Es sind natürlich umfassende Vorbereitungen notwendig, da auch die Soldaten an der Wahl teilnehmen sollen.

Schulverordnungen für Preußen.

Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat eine Verfügung an die Provinzialschulkollegien und Provinzregierungen erlassen, in der untersagt wird, Volksverhetzung, Entstellung der letzten innerpolitischen Vorgänge zu betreiben oder zur Gegenrevolution anzureizen. Bücher, die den Krieg verherrlichen, sind aus den Schulbibliotheken zu entfernen, Dissidenten usw. dürfen ohne jeden Nachweis vom Religionsunterricht fernbleiben.

Bayern gegen sofortige Sozialisierung.

In einer Proklamation der Regierung des bayerischen Volksrates, welche die verschiedenen Reformpläne behandelt, heißt es u. a.:

Wir sprechen in vollkommener Offenheit aus, daß es uns unmöglich scheint, in einer Zeit, in der die produktiven Kräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gemeinschaft sofort überzuführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist. Ferner scheint es uns unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir glauben also, daß erst nach dem Frieden, wenn der einige Völkerbund der Weltdemokratie sich gebildet hat, der entscheidende Einfluß der in neuer Macht auferstandenen proletarischen Internationale in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerläßliche Sozialisierung durchgeführt werden kann

Verschiedene Meldungen.

Oldenburg, 16. Nov. 5000 Besucher des ersten oldenburgischen Bauerntages beschlossen im Einverständnis mit dem Landesdirektorium einstimmig die Ergänzung der Soldatenräte durch Bauernräte.

Berlin, 16. Nov. Der zur Mitleitung im preußischen Kultusministerium berufene Sozialdemokrat Konrad Häniſch erklärte in einer Besprechung, das Kultusministerium solle zu einem wirklichen Kultusministerium umgewandelt werden, und zwar mit Unterstützung der gesamten Intelligenz des Landes, wobei die politische Schattierung nicht in Frage komme.

Heeresentlassung und Waffenstillstand.

Heimkehr der Jahrgänge bis 1879.

In einem vom Kriegsministerium ausgehenden Aufruf wird betont, daß nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der deutschen Flotte zugleich entlassen werden können. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden! Die Entlassung muß sich nach den Verkehrsmöglichkeiten richten, sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen. Im Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet, jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, zum Beispiel Gefangenenbewachung, müssen warten, bis sie ersetzt sind. Leute aus Elsaß-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Räumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahresklassen 1898 und 1899 angehören. Wer an Unteroffizieren oder Mannschaften vom Truppenteil oder von seiner Ersatzformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsanzug, ferner 15 Mark Marschgeld, soweit es notwendig ist.

Ordnung der Offizierbefehlsgewalt.

Es sind Befürchtungen lautgeworden, die Volksregierung wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wiederherstellen. Die Regierung erklärt deshalb, diese Befürchtung sei unbegründet und sagt:

Die jetzt angeordneten Maßnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt sind nicht bindend. Mit ihnen soll vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Heimat das regellose Zurückfluten der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung einer planmäßigen Demobilisierung gefördert werden. Bei der Marine ist die genaue und rasche Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen von entscheidender Bedeutung.

Deshalb ist die Mitwirkung der Offiziere mit ihren technischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Lediglich diesem Zweck sollen die getroffenen Maßnahmen dienen. Dabei ist die Voraussetzung, daß die Offiziere im Einvernehmen mit den Soldaten handeln. Daran soll nichts geändert werden. Pflicht der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verständiges Zusammenwirken das über unser Land hereingebrochene Unglück nach Möglichkeit zu lindern.

Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt an dem Kriegsministerium unterstellt, dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates.

Englisch-deutsche Zusammenkunft auf See.

Das Reutersche Büro erfährt, daß der deutsche Kreuzer „Königsberg" Sonnabend nachmittag mit britischen Kriegsschiffen zusammentraf. Er wird zu einem Punkte auf See eskortiert werden, wo die deutschen Delegierten ihre Schiffe verlassen und sich auf die britischen Kriegsschiffe begeben werden, um dem Admiral Beatty die deutschen Vorschläge für die Durchführung der auf die Seestreitkräfte bezüglichen Bedingungen des Waffenstillstandes vorzulegen.

Franzosen und Amerikaner im Elsaß.

Der offizielle Einzug der französischen Truppen in Straßburg soll Montag, 18. November stattfinden. Der französische Präsident Poincaré und der Ministerpräsident Clemenceau sind nach Elsaß-Lothringen gereist.

Sonnabend, 16. November ergriffen französische und amerikanische Truppen Besitz von den Forts von Metz. Die deutschen Truppen haben jetzt tatsächlich das französische Gebiet geräumt, mit Ausnahme einiger kleiner Truppenteile, die in der Gegend von Givet zurückblieben.

Deutsche Zivil- und Militärdelegierte werden sich heute nach Nancy begeben, um dort mit den französischen Militärbehörden und mit dem neuen Präfekten für Metz Besprechungen über die Übernahme der verschiedenen Dienststellen in Elsaß-Lothringen abzuhalten.

Frankfurt a. M. und Darmstadt bleiben unbesetzt.

Aus den Zusatzbestimmungen der Oberkommandos der Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frankfurt a. M. nicht zu den rechtsrheinischen Brückenköpfen von Mainz gehört, also nicht von den Feinden besetzt wird. Dasselbe gilt von Darmstadt. Beide Städte werden jedoch in die neutrale Zone fallen, die sich zehn Kilometer um jeden Brückenkopf herumziehen wird.

Der ASR Mannheim war wegen der Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen dem rechten und linken Rheinufer während der Besetzung des linken Rheinufers durch den Feind beim Auswärtigen Amt in Berlin vorstellig geworden. Darauf erwiderte das Auswärtige Amt: Wir verhandeln mit dem Feinde über die Festlegung der Einzelheiten des Waffenstillstandes und bringen dabei auch Milderungen der Bedingungen. Wir verlangen insbesondere, daß der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer ungestört bleibt und in wirtschaftlicher Beziehung zwischen dem rechten und linken Rheinufer keinerlei Änderung eintreten darf.

Verhinderung polnischer Gewaltstreiche im Osten.

Die Polnische Presse-Agentur teilt über die angeblichen Angriffe auf Posen und Oberschlesien folgendes mit:

Nach eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Gerüchten von einer Bedrohung oder gar einer Besetzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist.

Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einbuße ihres bisherigen ausschlaggebenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Bevölkerung durch böswillige Ausstreuung unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unfrieden zu stiften. Die Regierung Polens und mit ihr das polnische Volk sind nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern über strittige Fragen soll nicht das Werk gewaltsamer Handstreiche, sondern das Ergebnis friedlicher, im Geiste der Versöhnung getragener Verhandlungen sein.

Weitere Nachrichten.

Berlin, 16. Nov. Die Blättermeldung, daß nicht die „Schlesien", sondern das Linienschiff „Schleswig-Holstein" torpediert sei, ist unzutreffend. Beide Schiffe befinden sich wohlbehalten im Hafen.

Frankfurt a. M., 16. Nov. Die Frankf. Ztg. schreibt: Der Großadmiral v. Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen.

Frankfurt a. M., 16. Nov. Um Ordnung und Disziplin unter den Kriegsgefangenen aufrecht zu erhalten, hat sich bei der Inspektion der Kriegsgefangenen des 18. Armeekorps ein Soldatenrat gebildet. Dieser Soldatenrat ist lediglich als Beirat der Behörden zu betrachten. Die bisherigen Vorgesetzten versehen auch weiterhin ihren Dienst.

Düsseldorf, 16. Nov. **Wie der ASR. mitteilt, hat der Staatskommissar für die Demobilmachung das Verlassen des linksrheinischen Gebiets und des 10 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheins verboten, ausgenommen sind Arbeiter- und Berufsverkehr.**

Haag, 16. Nov. Die bisher über die holländische Grenze gegangenen deutschen Soldaten kamen in geordnetem Zustande. Es würden weitere 11 000 Mann erwartet.

Rotterdam, 16. Nov. **Der holländische Minister des Innern teilte mit, daß beschlossen wurde, die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten in Holland sofort in ihre Heimat zurückzuschicken.**

Paris, 16. Nov. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Jahrgänge 1887, 1888 und 1889 entlassen und heimgesandt werden.

Kiew, 16. Nov. Die deutschen Truppen dürfen bis zur Bildung einer ukrainischen Armee im Lande bleiben.

Die Neuordnung in Sachsen.

Wie bekannt, hat der König den Staatsministern auf ihr Ansuchen die Entlassung aus seinem Dienste bewilligt, ihnen aber anheimgestellt, die Geschäfte, wenn zum Wohle des Landes erforderlich, fortzuführen. In Übereinstimmung damit haben sich die fünf Vorstände der einzelnen Ministerien: Dr. Heinze, v. Wilsdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch und v. Nostitz-Wallwitz einer an sie ergangenen Anfrage des ASR. entsprechend bereiterklärt, im Einvernehmen mit diesem und unter dessen Verantwortung die ihnen anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten.

Bei einer Besprechung, die am 15. November stattfand, erklärten die Bevollmächtigten des ASR. den Ministern, daß für ihre fernere Tätigkeit kein Raum vorhanden sei, da der ASR. sämtliche Ministerien politisch und verwaltungsmäßig selbst zu übernehmen gedenke.

*

Zur Bewegung im Reiche gingen uns noch folgende Nachrichten zu:

Koburg. Alle Abgeordneten des Landtags treten für den Anschluß des Herzogtums Koburg an die Republik Bayern ein.

Rudolstadt. In der außerordentlichen Sitzung des Landtages vom 15. November gab der Staatsminister die Erklärung ab, daß der Fürst bereit sei, die Regierung niederzulegen, sobald die notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen seien.

Bückeburg. Der Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe hat am 15. November für sich und sein Haus dem Thron entsagt und alle Beamten von dem ihm geleisteten Treueid entbunden. Der ASR. in Bückeburg hat die Regierung im Lande übernommen. Das Ministerium ist zurückgetreten, versieht aber vorläufig die Geschäfte weiter.

Deutscher Protest an Marschall Foch.

Ausschreitungen der belgischen Bevölkerung.

Berlin, 16. Novemeer.

Der französische Oberstkommandierende Marschall Foch hatte bekanntlich an die deutsche Oberste Heeresleitung ein Telegramm gerichtet, in dem Beschwerde erhoben wurde wegen angeblicher Gewalttätigkeiten deutscher Truppen in Belgien. Bei Nichtabstellung dieser Handlungen würde die Heeresleitung der Alliierten selbst Anordnungen treffen müssen. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf erwidert:

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder aufs eindringlichste betont, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unausbleiblich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der Alliierten Heeresleitung zu. — Gegen die zu unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methoden seitens der Alliierten Heeresleitung ihre wirksame Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für Schutz und Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in einem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht einschließt.

Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

Das Schicksal der Kaiserfamilie.

Korfu oder Holland?

Als Tatsache steht bis jetzt nur fest, daß sich Wilhelm II. und der Kronprinz mit kleinem Gefolge in Holland befinden und zwar der erstere bei dem Grafen Bentink und letzterer auf einer Insel des Zuidersees, da er in Hilligenraad sich nicht sicher genug fühlte. Die Kaiserin und die Kronprinzessin mit ihren Kindern sind noch in Potsdam, jedoch nach einer Erklärung des ASR. in Potsdam völlig frei in ihren Entschlüssen. Für eine etwaige Abreise ist beiden je ein Sonderzug bereitgestellt worden. Die Kaiserin wird sich voraussichtlich ebenfalls nach Holland begeben, ob zu dauerndem Aufenthalt, ist noch nicht gewiß, da nach einer Pariser Meldung der Kaiser um die Genehmigung zur Übersiedlung nach Korfu nachgesucht haben soll.

Die Kronprinzessin wird sich mit ihren Kindern wahrscheinlich nach Kopenhagen begeben, wo sie bei ihrer Schwester, der Königin von Dänemark, die gleich ihr eine geborene Herzogin von Mecklenburg ist, Aufnahme finden wird. Wie verlautet, soll sich auch ihre Mutter, die Großherzogin-Witwe Anastasia, in Dänemark aufhalten. Über den zukünftigen Wohnsitz der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses ist noch nicht Endgültiges festgestellt. Prinz Eitel Friedrich ist von der Front nach Potsdam gekommen und hat mit den Leitern des dortigen ASR. die Angelegenheiten besprochen.

Der Marstall und der kaiserliche Hofhalt sind von der neuen Regierung übernommen worden. Die Beamten und Angestellten sind vom ASR. verpflichtet worden und werden die Inventarisierung der Bestände vornehmen. Der Hofhalt wird wie der Marstall wohl dem Staatsoberhaupt der von der Nationalversammlung gewählten Staatsform zur Verfügung gestellt werden.

Vom Tage.

Der Vorwärts hat zur Vorgeschichte der Revolution einen Bericht aus Kiel gebracht, wonach die Admiralität, dem Drängen alldeutscher Kreise nachgebend, drauf und dran war, in einem letzten Kampfe gegen die englische Flotte die deutsche Hochseeflotte und mit ihr etwa 80 000 Mann Besatzung zu opfern. Dies sei zur Kenntnis der Matrosen gekommen, die sich weigerten auszufahren. Sie meuterten und damit hatte die Revolution den Anfang genommen. Das Reichsmarineamt erklärt diese Behauptungen als aus der Luft gegriffen.

Bei Wiedergabe dieser Legende hat der Vorwärts offenbar seine Stellung als anerkanntes und maßgebendes Regierungsorgan außer acht gelassen, — eine Stellung, die zur Vorsicht verpflichtet.

*

Die Freiheit, das neue Organ der Unabhängigen, meldet: Die russische Regierung richtete an Liebknecht ein Telegramm, in dem sie ihm Mitteilung macht von dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Revolution in Rußland hervorgerufen habe, und zugleich die Absicht ankündet, 50 000 Pud (ein Pud = 32 Pfund) Mehl an das revolutionäre Deutschland zu liefern.

Wird sie die Absicht auch — ausführen können, da in ihrem eigenen Lande ein Brot nahezu 20 Rubel kostet?

*

Auch unsere Konservativen scheinen sich allmählich mit den neuen Verhältnissen abfinden zu wollen. Zwei führende Preßorgane der Partei, die „Kreuzzeitung" und die „Deutsche Tageszeitung" haben Änderungen an ihrem Kopfe vorgenommen. Erstere hatte als Leitspruch um das Eiserne Kreuz die Worte „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland" und die „Deutsche Tageszeitung" führte als Motto „Für Kaiser und Reich". Der Leitspruch der „Kreuzzeitung" ist von der Bildfläche verschwunden und das Motto der „Deutschen Tageszeitung" ist „Für das deutsche Volk" geändert....

*

Prinz Max von Baden hält es für nötig, seiner kurzen Kanzlerschaft ein langes Nachwort zu widmen. Es ist dies eine Rede, die er vor der badischen Ersten Kammer halten — wollte. Und da diese unsanft geschlossen wurde, haben ihm die „Preußischen Jahrbücher" ihre Pforten geöffnet. Der Prinz erzählt, daß seine erste (und einzige) Tat als Kanzler gar nicht seine Tat war. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot sei ihm fix und fertig vorgelegt worden und er habe es unterschrieben, trotzdem er dagegen war — weil Ludendorff es gewünscht. Für das Zögern des Kaisers in der Abdankungsfrage macht er „gewichtige Einflüsse" verantwortlich und seinen Nachfolger Ebert charakterisiert er als einen Mann reinen Willens. Die Rettung unseres Volkes erblickt er in einer schleunigen Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung, denn „usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht". Der Prinz schließt: „Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht."

Ja, das gebe der Himmel — — —

Schlußdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Der Bundesrat behält seine Verwaltungsbefugnisse.

Berlin, 16. Nov. Der Reichsanzeiger veröffentlicht folgende Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über die Ermächtigung des Bundesrats zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen:

§ 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach Gesetzen und Verordnungen des Reichs zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.

§ 2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verordnung in Kraft.

Weitere Milderung des Waffenstillstandes.

Haag, 16. Nov. **Aus Paris wird gemeldet, daß weitere Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen durch die Alliierten zugestanden werden.**

Besprechungen über das Eisenbahnmaterial.

Haag, 16. Nov. Heute nachmittag 3 Uhr begannen in Armanvillers die Besprechungen zwischen Vertretern der französischen Heeresleitung und deutschen Vertretern über das auszuliefernde Eisenbahnmaterial.

Keine Kriegsentschädigung — billiger Schadensersatz.

Lugano, 16. Nov. **Der „Corriere della Sera" meldet, die Alliierten wären dahin übereingekommen, auf jede Kriegsentschädigung zu verzichten. Die Schadensersatzforderungen sollen nach Billigkeitsgründen bemessen werden.**

Amerikanische Lebensmittelkredite für Deutschland.

Basel, 16. Nov. Der amerikanische Staatssekretär Lansing kündigte im Senat die Bereitschaft an, Kredite für die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu bewilligen.

Das Schicksal der deutschen Kriegsschiffe.

London, 16. Nov. **„Daily Mail" berichtet, daß die endgültige Entscheidung über die abgelieferten deutschen Schiffe auf der Friedenskonferenz getroffen werden wird.**

Zur Besetzung von Köln, Koblenz und Mainz.

Stockholm, 16. Nov. Meldungen aus Paris besagen, daß die Besetzung von **Köln, Koblenz und Mainz** am 12. Dezember erfolgen wird.

Frankreich stimmt einem Präliminarfrieden zu.

Genf, 16. Nov. **Die französische Regierung hat dem deutschen Wunsche nach einem Präliminarfrieden zugestimmt.**

Übergabebedingungen für die deutschen U-Boote.

Wilhelmshaven, 16. Nov. Heute früh ist von der englischen Flugstation Rosnyth in Wilhelmshaven ein Funkspruch des Admirals Meurer eingegangen, in dem die Bedingungen über die Übergabe der deutschen U-Boote an England mitgeteilt werden. Es heißt darin u. a.: Die deutschen U-Boote sollen in Flottillen von rund 20 Booten an Tagen fahren, die von britischen Flottenbefehlshabern den deutschen Flottenbefehlshabern mitgeteilt werden. Ein Transportschiff, die deutsche Flagge führend, soll die U-Boote begleiten, um ihre Besatzung nach Deutschland zurückzuführen. Der hiesige Soldatenrat der U-Boot-Flottillen erklärt, daß die Mannschaften bereitwillig Dienst bei der Überführung tun werden. Zahlreiche freiwillige Meldungen liegen vor.

Rohstoffverteilung durch den Friedenskongreß.

Prag, 16. Nov. Aus tschechischer Quelle verlautet, die Entente wolle auf dem Friedenskongreß die allgemeine Rohstoffverteilung nach einem bestimmten Schlüssel durchführen. Die Vorzugszölle sollen aufgegeben und der Grundsatz der offenen Tür in allen überseeischen Gebieten zur Geltung gebracht werden.

Polnische Pläne.

Breslau, 16. Nov. Wie die Schlesische Zeitung aus Posen erfährt, beabsichtigen die Polen am 2. Dezember in Posen eine Nationalversammlung abzuhalten und Posen als zum polnischen Staat gehörig zu proklamieren.

Falls die polnischen Übergriffe, die offiziell abgeleugnet werden, andauern, wird man in Berlin die Bildung freiwilliger Abwehrtruppen in Erwägung ziehen.

Die Deutschen in der Türkei.

Haag, 16. Nov. Die deutsche Regierung, unterzeichnet Solf, hat an den amerikanischen Staatssekretär Lansing eine Note gerichtet, in der es heißt: Laut Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen sollen alle bürgerlichen Personen deutscher Nationalität das Ottomanische Reich sofort verlassen. Die buchstäbliche Erfüllung dieser Bedingung würde große Härten mit sich bringen, und dadurch würde es neue Leiden für die christliche Bevölkerung im ottomanischen Reich geben. Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten Wilson um seine Vermittlung, für die bürgerlichen Deutschen im ottomanischen Reich weitere Aufenthaltserlaubnis zu erlangen.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung steht als Termin für die Auflegungen der Wählerlisten den 2. Januar 1919, als Wahltag den 2. Februar 1919 vor. Der Entwurf ist gestern fertiggestellt und bereits am Nachmittag von der Reichsregierung durchberaten worden. Es ist nicht unmöglich, daß diese noch größere Abänderungen an ihm vornimmt.

Potsdam. An den Litfaßsäulen ist folgender Anschlag zu lesen: Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes. Prinz Eitel Friedrich.

Cassel. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Cassel veröffentlicht zur Uebersiedlung des Hauptquartiers nach hier eine Erklärung, in der es heißt: Mitbürger und Soldaten! Heute trifft der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Cassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutze. Wir wissen, daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Cassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird, und daß er vor der Belästigung sicher ist. Der Generalfeldmarschall trägt Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten.

Posen. Heimatschutz Ost ruft, um die an der Ostgrenze von Polen aus drohenden Gefahren zu beschwören, zur Bildung eines freiwilligen Korps auf. Die Gefahren bestehen weniger in der polnischen Gegnerschaft, als vielmehr darin, daß lichtscheues Gesindel sich zusammentut, um deutsche Werte zu zerstören. Es sind dort große Gefangenenlager vorhanden, in denen Russen, Franzosen und Engländer untergebracht sind. Infolge der letzten Ereignisse sind diese Gefangenen vielfach unbewacht und treiben sich im Lande herum. Von Ober-Ost kommen deutsche Soldaten nach entbehrungsvollen Märschen zurück. Die Bevölkerung ist aus allen diesen Gründen in schwerer Sorge und richtete bewegliche Bitten nach Berlin um Schutz. Deshalb wurde das A. O.-K. Heimatschutz-Ost gegründet. Die Generalkommandos sollen die Bildung des freiwilligen Korps in die Hand nehmen. Die Soldaten des Korps unterliegen keinem Zwange zum Beitritt, sondern werden kontraktlich verpflichtet. Der Kontrakt muß allerdings behalten werden. Es ist an eine im Gegensatz zu bisher beträchtliche Löhnung gedacht, ungefähr Mark 3 pro Tag. Die Soldaten werden in Bürgerquartieren untergebracht. Auch will man Offiziere in größerer Anzahl gewinnen. Die polnische Frage muß bei den Friedensverhandlungen gelöst werden, kann aber nicht der Willkür polnischer Chauvenisten und Abenteurer überlassen werden.

Wien. In den hiesigen Marinekreisen ist die Nachricht eingetroffen, daß das französische Flaggschiff „Waldeck Rousseau" beim Einlaufen in Becche di Cantara auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. Der größte Teil der Besatzung wurde gerettet.

Rotterdam. In Bath, Provinz Zeeland, trafen elf deutsche Torpedoboote aus Antwerpen ein und wurden sämtlich interniert.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ Um die Schwierigkeiten in der **Übergangswirtschaft** möglichst zu verringern, haben die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften eine Reihe von Vereinbarungen getroffen. So sollen alle aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitnehmer sofort wieder in ihre alten Stellungen eintreten. In jedem Betrieb mit mindestens 50 Beschäftigten wird ein Arbeiterausschuß eingerichtet. Der Achtstundentag wird allgemein eingeführt. Verdienstschmälerungen aus dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht eintreten.

✚ **Bezüglich der augenblicklichen Reichsverfassung** sei bemerkt, daß wir keinen Reichskanzler mehr haben, Ebert selbst sich auch diese Bezeichnung nicht mehr beilegt. Es existiert jetzt lediglich ein Kollegium von sechs gleichberechtigten Ministern, die ihrerseits Ebert und Haase zu Vorsitzenden gewählt haben.

✚ Zur Regelung der **amerikanischen Lebensmittelzufuhr** hat sich der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover nach Europa begeben. Er soll die Zufuhr nach Frankreich, Belgien, den Mittelmächten und dem nahen Osten regeln.

Österreich.

✕ In einer neuen **Note an Wilson** wird diesem von der Errichtung der deutsch-österreichischen Republik Mitteilung gemacht. Ferner wird darin die Hoffnung ausgesprochen, daß Wilson die Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich auf Wiederherstellung einer engen staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland unterstützen wird. Der Präsident wird ersucht, baldmöglichste Gelegenheit zu Verhandlungen über einen Präliminarfrieden zu bieten. Endlich wird Wilson um Sendung von Nahrungsmitteln zur Verhinderung einer Hungerkatastrophe gebeten.

Rußland.

✕ Das **Blutgericht der Sowjets** arbeitet weiter. So gibt die Sowjetregierung jetzt bekannt, daß der Tod des Kommissars Wolodorski mit dem Erschießen von 500 und der Tod Grizkis mit dem von 550 Bürgern aus Petersburg gerächt wurde. Ein Teil der Opfer wurde in Petersburg selbst erschossen, ein anderer nach Kronstadt geschickt. Die Matrosen werfen jedoch die Opfer schon unterwegs ins Meer. Es wurden Hunderte von Leichen vom Meer ans Ufer gespült.

Polen.

✕ Zu heftigen Kämpfen und **blutigen Auseinandersetzungen** ist es unter der polnischen Bevölkerung in Radow gekommen. Die Polen haben zwei Parteien gebildet, von denen jede die Oberhand behalten möchte. Während der sich abspielenden blutigen Vorgänge wurden alle Magazine ausgeplündert. Der Pöbel raubte auch 8000 Gewehre und bedroht das Leben der friedlichen reicheren Bevölkerung. Der Bolschewismus breitet sich in Polen aus.

Ukraine.

✕ Auf eine **Wiedervereinigung mit Rußland** deutet eine Botschaft des Hetmans an das ukrainische Volk hin. Dieser weist darin auf die bevorstehende Wiederherstellung Rußlands als Föderativstaat hin und erklärt, daß die Ukraine als Glied in diesen Föderativstaat eintreten werde. Zugleich hat der Hetman ein neues Ministerkabinett ernannt mit dem bisherigen Verpflegungsminister Gerbel als Ministerpräsidenten.

Aus In- und Ausland.

Bern, 16. Nov. Der Bundesrat hat ein **Einwanderungsverbot** erlassen für ehemalige Soldaten der Mittelmächte, die vor dem Kriege in der Schweiz gewohnt haben.

Krakau, 16. Nov. Die **Gefechte in Lemberg** dauern an. Man erwartet den Zuzug weiterer polnischer Truppen, namentlich aus Lublin. Die Erbitterung auf beiden Seiten ist groß. Auf seiten der Polen sieht man vielfach Frauen und Mädchen mit Feuerwaffen Dienst machen.

Moskau, 17. Nov. Die Bolschewisten haben, wie bekannt, Tausende von Bürgern als **Geiseln** verhaftet und bisher in den Gefängnissen festgehalten. Es wurde beschlossen, nach einigen Wochen diese Geiseln aus den Gefängnissen zu entlassen, sie aber sofort durch neue zu ersetzen, so daß in den Gefängnissen dieselbe Zahl verbleibt.

Warschau, 17. Nov. In Przemysl ist eine große **Hungersnot** ausgebrochen. Die Polen haben zwar die Stadt besetzt, aber die Umgebung befindet sich in ruthenischen Händen, wodurch die Zufuhr der Lebensmittel vollständig abgeschnitten ist.

Stuttgart, 16. Nov. Die württembergische Regierung hat eine allgemeine **Amnestie** erlassen, ausgenommen sind Wucher, Kettenhandel und Steuerstrafen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 19. November.

Sonnenaufgang	7^{29}	Monduntergang	8^{27} V.
Sonnenuntergang	4^{01}	Mondaufgang	4^{57} N.

1770 Bildhauer Albert Thorwaldsen geb. — 1805 Ferdinand Lesseps, Erbauer des Suezkanals, geb. — 1828 Komponist Franz Schubert gest. — 1869 Eröffnung des Suezkanals. — 1883 Ingenieur Wilhelm Siemens gest.

□ **Einstellung des Schnellzugsverkehrs.** Zur möglichst ungestörten Durchführung der Demobilmachung ist der Schnellzugsverkehr völlig eingestellt. Wahrscheinlich wird auch der Personenzugverkehr auf einzelnen Strecken bis auf weiteres eingestellt werden. Im Güterverkehr werden ebenfalls Einschränkungen eintreten. Doch wird der Milch- und Nahrungsmitteltransport und werden die Kohlenzüge unter allen Umständen ohne jede Einschränkung aufrechterhalten. Da auch die Beförderung der Briefpost eng mit dem Personenverkehr zusammenhängt, so muß auch bei der Briefpostbeförderung mit Verzögerungen gerechnet werden. Doch soll durch die Anpassung des Postverkehrs an den verbleibenden Güterverkehr für eine störungsfreie Durchführung der Posttransporte gesorgt werden.

□ **Postverkehr nach dem Auslande.** Der gesamte Postverkehr nach dem General-Gouvernement Warschau, ferner nach Orten südlich des Brenner und an der Strecke Innsbruck—Brenner sowie nach Fiume ist eingestellt. Im weiteren ist der Paketverkehr nach Dalmatien, Krain, Kärnten, Steiermark, Ungarn, Kroatien und Slavonien gesperrt. Nach dem Militär-Generalgouvernement Lublin sind Postanweisungen, Nachnahmesendungen und Pakete nicht mehr zugelassen. Nach Ostgalizien (ab Sanlinie), der Bukowina und nach Bosnien—Herzegowina sind nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen zulässig.

Volks- und Kriegswirtschaft.

✱ **Der deutsche Gemüsebau im Frieden und Kriege.** Unter diesem Titel hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst eine Denkschrift herausgegeben, aus der hervorgeht, daß der Gemüsebau von 1878 bis 1916 trotz einer Bevölkerungszunahme um mehr als 40 % ständig zurückgegangen ist. Besonders stark war der Rückgang während der ersten Kriegsjahre, von 1914 bis 1916. Hierin trat erst Anfang 1917 eine Wandlung mit der Einführung des Lieferungsvertragssystems ein, obschon dieses eine starke Senkung der Preise brachte.

✱ **Die Sorgen um die Kohlen.** Man schreibt aus Bochum: Die schweren Sorgen und Befürchtungen, die mit der Frage der Übergangswirtschaft für den Industriebezirk verknüpft sind, kamen in einer Besprechung zum Ausdruck, die der ADR. mit den Arbeitsausschüssen der Bochumer Werke u. a. Der Bergarbeiterführer Husemann betonte, daß es im Bergbau keine Arbeitslosigkeit geben werde, weil die ganze Welt nach Kohlen hungere. Darum müssen möglichst viele Arbeitskräfte den Bergwerken zugeführt werden. Streiks müßten auf jeden Fall unterbleiben. Streitigkeiten dürften nur durch Verhandlung geschlichtet werden.

✱ **Aufhebung der fleischlosen Wochen.** Die fleischlosen Wochen werden, wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, in Zukunft im ganzen Reiche aufgehoben werden. Man hofft, die bisherigen Fleischrationen an die Versorgungsberechtigten dauernd weiter verteilen zu können, da die hohen Anforderungen an Fleisch seitens der Heeres- und Marineverwaltung in Zukunft zum größten Teil entfallen dürften. Die kommende Woche wird die letzte fleischlose Woche sein.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Eine merkwürdige Liebestragödie** bildete den Gegenstand einer Schwurgerichtsverhandlung in Stade. Der 83jährige Rentier Daniel Koeke in Harburg lebte seit Jahren mit seiner Haushälterin, der 60jährigen Witwe Marie Paeglow, in wilder Ehe. Während des Krieges verpraßte er sein Geld mit Kriegerfrauen. Die Folge waren heftige Auseinandersetzungen zwischen ihm und der Paeglow, die ihn verlassen wollte. Bei einer Auseinandersetzung am 8. August d. J. gab Koeke auf seine Haushälterin drei Schüsse ab, die tödlich wirkten. Er selbst versuchte sich mit Gas zu vergiften, jedoch ohne Erfolg. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, worauf das Gericht, unter Annahme mildernder Umstände, auf sechs Monate Gefängnis erkannte.

Nah und Fern.

○ **Luftpost Frankfurt a. M.—Berlin.** Die Luftpost des Frankfurter Nachrichtendienstes hat am 15. November nachmittags ihre erste Fahrt mit Post nach Berlin angetreten und der Reichsregierung wichtige Nachrichten des Frankfurter ASR. übermittelt. Als Kurier stellte sich Redakteur Jakob Altmeier zur Verfügung.

○ **Großhandel und Demobilisierung der Angestellten.** Der Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Großhandels hat einstimmig beschlossen, die Mitglieder des Z. D. G. zu ersuchen, alle aus dem Felde zurückkehrenden Beamten und Angestellten grundsätzlich zunächst wieder aufzunehmen und ihnen mindestens dasjenige Gehalt zu bezahlen, das sie vor dem Kriege erhielten!

○ **Nur 14 Todesopfer der Revolution?** Zur Feststellung der wirklichen Zahl der bei den Straßenschießereien ums Leben Gekommenen sind jetzt in Berlin Nachforschungen in den Krankenhäusern usw. angestellt worden, wobei nur 14 Tote festgestellt sein sollen, abgesehen von denen, die wegen Raub oder Plünderung standrechtlich erschossen worden sind.

○ **Ein Fliegerunglück** hat sich im Sonderburger Hafen anscheinend infolge Versagens des Motors ereignet. Das Flugzeug versuchte im Gleitflug niederzugehen, streifte den Mast des Regierungsdampfers „Sperber", stieß einen Fernsprechpfahl um und stürzte auf einen Kran. Einer der Insassen wollte herausspringen, blieb aber am Flugzeug hängen, das sich überschlug und auf die Bemannung fiel. Hierbei ereignete sich eine Explosion, wobei der Benzinvorrat mit haushoher Flamme verbrannte. Von den Insassen konnten nur die verkohlten Reste geborgen werden.

○ **Abschaffung der Kellnerinnen.** Der Zentralverband deutscher Wirtevereinigungen hat im Verein mit den Vertretern der Angestellten der Gastwirteverbände beschlossen, die Kellnerinnen in sämtlichen Gastwirtschaften nach und nach zu entlassen, damit diese Stellungen mit Kriegsteilnehmern besetzt werden können. Zur Regelung der Unterbringung der zurückkehrenden zum Gastwirtsgewerbe gehörigen Kriegsteilnehmer wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die dem paritätischen Arbeitsnachweis angegliedert ist.

○ **Das Gehalt der Offiziere und der Militärbeamten,** ebenso wie der verabschiedeten Offiziere usw. wird, wie wir erfahren, in der bisherigen Weise weiterbezahlt werden. Von seiten der neuen Regierung wurde auf eine bezügliche Anfrage geantwortet, das sei die selbstverständliche Konsequenz der Tatsache, daß sich das Kriegsministerium auf den Boden der neuen Regierung gestellt habe.

○ **Ein höchst bedauerlicher Vorfall** hat sich in Berlin in der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. ereignet. Der offenbar geistig gestörte Seeoffizier Kapitänleutnant Brettschneider erschien auf einer Matrosenwache und schoß dort nach irren Reden planlos mit der Pistole um sich. Bei dieser Schießerei wurde ein Matrose und der Seeoffizier getötet.

○ **Eine Bekanntmachung der Kruppschen Gußstahlfabrik** betont, daß Arbeiterinnen auf Weiterbeschäftigung innerhalb der Gußstahlfabrik nicht mehr rechnen können, da die für sie geeignete Arbeit mit der Beendigung des Krieges wegfällt und im übrigen ihre Arbeitsplätze für die heimkehrenden Krieger freigemacht werden müssen. — Einige Werkstätten der Kruppschen Werke, wie die Geschoßdreherei, in denen vornehmlich Arbeiterinnen beschäftigt waren, sind bereits stillgelegt.

○ **„Nationales Eigentum."** Die Berliner Museen tragen seit Mittwoch an ihren Fassaden rote Plakate mit der Aufschrift „Nationales Eigentum". Im übrigen haben die staatlichen Kunstsammlungen die Tage des Umsturzes gut überstanden.

Nr. 6767. Kleid aus zweierlei Stoff

Ein Wort über deutsche Frauenkleidung.

Dunkler Samt ergab das Material für die kleidsame Bluse, während der Rock aus Taft und Samt zusammengestellt war. Die glatte futterlose Bluse hat Rückenschluß und einen breiten leicht abstehenden Taftkragen, den eine leichte Buntstickerei verziert. Etwas Buntstickerei ziert auch zwischen dem Kragen die Bluse. Den tiefangesetzten Blusenärmel schließt eine bestickte Manschette ab. Der gereihte Rock schließt mit schmalem Gürtel ab, seine breite Vorderbahn wird durch Knopfgruppen betont. Unten schließt ein breiter Samtansatz den Rock ab. Sein Schnitt ist in 96, 100, 108, 116 cm Hüftweite zu 85 Pfennig und zur Bluse in 44, 46, 48, 50 cm halber Oberweite zu 60 Pfennig durch die Modenzentrale Dresden-N. 8 zu beziehen. Das Aufplättmuster ist zu 1 Mk. vorrätig.

Bekanntmachung.

Kartoffel-Versorgung.

Die Kartoffelmarken bis einschließlich 15. Dezember können von heute ab bei den Händlern eingelöst werden.

Warmbrunn, den 18. November 1918.

Der Gemeindevorstand.
J. V. **Düring.**

Herischdorf.

1. Am Dienstag, den 19. November 1918 werden im Gemeindeamt

Spiritusmarken

ausgegeben. Für die Bezugsnummern
1—300 von 8½—9 Uhr vormittags
301—800 „ 9—10 „ „
801—1250 „ 10—11 „ „
Mit Rücksicht auf die geringe Zahl der überwiesenen Marken, können nur Minderbemittelte und Haushaltungen mit Kindern unter 2 Jahren in Frage kommen.
Als Ausweis ist die Kinderbrotkarte vorzulegen.

2. In der fünften fleischlosen Woche vom 18. bis 24. November wird wieder als

Ersatz der entfallenden Fleisch-menge

Mehl gegeben und zwar wird gegen Abgabe der Fleischmarken für die betr. Woche 125 Gramm Roggenmehl für 7 Pfennig, Weizenmehl oder Gerstenmehl für 8 Pfennig bei den Bäckern und Mehlhändlern verabfolgt.

Herischdorf, den 18. November 1918.

Der Gemeindevorstand.
Goy.

Ortsgruppe Warmbrunn.

Donnerstag, den 21. November 1918, abends ½8 Uhr

Monats-Versammlung

im Hotel „Schneekoppe“

Der Vorstand.

Stempel

Gummi- Metall- und Faksimile-Stempel

für Behörden, Kaufleute u. Private besorgt schnellestens zu Katalogpreisen

P. Fleischer's
Buchdruckerei, Warmbrunn.

Invalidenmarkenstempel, Stempelkissen und Stempelfarbe vorrätig.

Grossen Erfolg

erzielt jeder Geschäftsmann, wenn er seine Waren dem Publikum in den stark verbreiteten und viel gelesenen

Nachrichten und Tageblatt und Herischdorfer Tageblatt

anzeigt. Inserate jeglicher Art haben daher die denkbar grösste Wirkung. Bitte machen Sie einen Versuch und Sie werden unserer Angabe Glauben schenken.

Die gänzlich mittellose Diaspora-Grenz-Gemeinde Neuberun (Kr. Pleß), welche sich seit dem 23. Juni 1910 eines eigenen Bethauses erfreuen darf, entbehrt leider noch eines eigenen Friedhofes.

Die Verstorbenen der in Neuberun wohnenden Evangelischen müssen auf dem fünf Stunden entfernten Kirchhof der Mutter-Gemeinde Anhalt (Kr. Pleß) bestattet werden, was bei den schlechten Landwegen sehr beschwerlich, ja im Winter geradezu gefährlich ist.

Durch Ueberlassung eines Grundstückes soll nun, wills Gott, im Herbst der Wunsch der Gemeinde nach einem eigenen Friedhof in Erfüllung gehen. Die so gänzlich mittellose Diaspora-Grenz-Gemeinde, welche nicht einmal die Kosten für die Gottesdienste aufzubringen vermag, ist außer Stande,

3000 Mark

betragenden Kosten für die Anlage des Friedhofes aufzubringen, sie ist vielmehr, wie mit allen kirchlichen Bedürfnissen auf die allseitige auswärtige Liebe lieber Freunde wie Vereine angewiesen. Wer der armen Gemeinde die 3000 Mark bald vermindern helfen will, wird herzlich gebeten, Gaben an den Unterzeichneten zu senden. Im voraus allen lieben Spendern ein herzliches Vergelt's Gott.

Hermsdorf u. K., September 1918.

von Prittwitz und Gaffron,
Hüttenbeamter a. D.

Wer seinen Winterbedarf in Schuhfett

jetzt

beschafft, kauft billiger als während der Saison

Dr. Gentners Schuhfett

Tranolin

erhält das Leder weich, macht es wasserdicht und dauerhaft, und kann jetzt noch prompt geliefert werden.

Hübsche Postkarten und Plakate.

Hersteller auch des beliebten Oelwachs-Lederputzes **Nigrin: Carl Gentner, Göppingen.**

Schutz-Marken

wieder vorrätig

Preis 40 Pfg.

Nachrichten und Tageblatt.

Deutsche Warte.

Herausgeber A. Damaschke.

Illustrierte Tageszeitung, seit 28 Jahren bestehend, vertritt alle auf eine Neugestaltung deutscher Kultur hinzielenden Reformbestrebungen (Organ des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten), enthält wertvolle Leitaufsätze führender Männer aller Parteien über Zeit- und Lebensfragen berichtet schnell und sachlich über alle wissenswerten Vorkommnisse und liefert ihren Lesern außer einer **tägl. Unterhaltungsbeilage** noch **6** Beilagen.

Ratgeber für Kapitalisten, Land- und Hauswirtschaft, Gesundheitswarte, Rechtswarte, Frauenzeitung und Jugendwarte.

Der Bezugspreis beträgt monatlich nur **90** Pfennig (Bestellgeld 14 Pfennig.)

Probenummern kostenfr. d. den Verlag Berlin W. 9.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit.

bisher beantragte Versicherungen 1500 Millionen Mk. Dividendenzahlungen an die Versicherten in den drei Kriegsjahren 1914/18: 23 Millionen Mark

Militärversicherung ohne Kriegsgefahr.

Auskunft erteilt Buchdruckereibesitzer
Paul Fleischer in Warmbrunn.

„Einmachen ohne Zucker.“

Das wichtigste Hausfrauen- und Wirtschaftsproblem beim gegenwärtigen empfindlichen Zuckermangel.

Frau Amtsrat Rose Stolles beliebtes Einmachebuch: Das Einmachen der Früchte und Gemüse sowie die Bereitung von Fruchtsäften, Geleés Marmeladen, Obstweinen, Essig, usw. nach neuzeitlichen Grundsätzen vollständig neu bearbeitet von Johanna Schneider-Tonnes, lehrt durch

320 Einmache-Rezepte

wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Berücksichtigung des andauernden Zuckermangels und der Erhaltung des natürlichen Fruchtgeschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einmachen soll und gibt auch zahlreiche erprobte Ratschläge zur billigen und einfachen

Selbstbereitung von haltbarem Obstmus-Brotaufstrich

Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des reichillustrierten Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits

64000 Exemplare in 12 Auflagen

verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur **1,30 Mark** beim Verlag dieses Blattes.

Bezugs-Scheine

A2 und B1 hält wieder vorrätig

P. Fleischers Buchdruckerei.

Drucksachen

liefert schnell und billig

P. Fleischers, Buchdruckerei.

Sie haben Recht ??

Wenn Sie sagen Inserieren kostet Geld
Wenn Sie aber behaupten, daß Ihnen die Insertion keine geschäftlichen Erfolge bringt

dann haben Sie nicht Recht!!